

**Hubertus Knabe, *Die un-
terwandelte Republik –
Stasi im Westen. Berlin
1999, Propyläen, 590 Sei-
ten, 49,90 DM (gebu-
den).***

Im Westen der Bundesrepublik hat man sich angewöhnt so zu tun, als habe es die Stasi nur in der ehemaligen DDR gegeben. Gegen dieses Vorurteil wendet sich der Autor. Mit detektivischer Geduld hat er Spuren der schätzungsweise 20 000 bis 30 000 Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) verfolgt, die seit Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR in der Bundesrepublik gearbeitet haben.

Die Aktenlage war und ist schwierig. Der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS ist es im Winter 1989/90 gelungen, einen großen Teil ihrer Akten über die von ihr geführten IM in der Bundesrepublik zu vernichten. Dennoch sind an anderen Stellen im Bereich der „Abwehr“ zahllose Unterlagen erhalten geblieben, die Rückschlüsse erlauben. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gauck-Behörde in Berlin verfügt der Autor über einmaliges Fachwissen.

Welches Bild ergibt sich aus seinen Forschungen? Be-

stürzend der Umfang der Unterwanderung der Bundesrepublik. Es gab kaum einen Bereich, angefangen von den Parteien über die Medien, Studenten- und Friedensbewegung bis zu den Kirchen, Hochschulen und der Wirtschaft, der nicht von IM der Stasi ausgeforscht worden ist. Was hat die westdeutschen Zuträger der Stasi veranlasst, ihre Mitbürger im Westen zu denunzieren? Die meisten von ihnen arbeiteten freiwillig und ohne Druck einer sie bedrohenden Diktatur. Geldgier, Gel-

gelesen

tungssucht, Machtstreben, ideologische Verblendung sind die häufigsten Motive westlicher Spitzel. Schließlich hat die westliche Gesellschaft den Agenten der Stasi ihre Tätigkeit nicht gerade erschwert. Im Gegenteil. Eine gewisse Verharmlosung der SED-Diktatur, gelegentlich sogar Bewunderung ihrer angeblichen sozialen Leistungen und daraus resultierende Sorglosigkeit gegenüber dem „realen Sozialismus“ waren in der Bundesrepublik weit verbreitet. Nur wenige Medien haben immer wieder vor einer kommunistischen Unterwanderung

gewarnt. Eine verblendete Öffentlichkeit hat sie und andere Warner dafür verspottet. Und heute?

Man wird nicht behaupten können, dass die Verharmlosung der einstigen SED-Diktatur beendet sei. Hubertus Knabe zeigt auf, dass sie im Westen der Bundesrepublik noch heute weit verbreitet ist.

Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist der Fall Peter Heilmann, der fast zwanzig Jahre lang als Studienleiter in der Evangelischen Akademie in Westberlin für die Stasi als IM „Adrian Pepperkorn“ Menschen seines Umfelds denunziert hat. Die Stasi zahlte ihm dafür monatlich 500 D-Mark, insgesamt 200 000 D-Mark. Er wurde 1992 enttarnt und 1999 vom Kammergericht Berlin zu zwanzig Monaten Gefängnis auf Bewährung und 8000 D-Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Staatsanwaltschaft konnte sich bei ihrer Anklage auf umfangreiches Aktenmaterial stützen. Der Führungsoffizier Heilmanns hatte einen Großteil des IM-Vorgangs „Adrian Pepperkorn“ ins Archiv gegeben, weil Heilmann sich 1989 bereits im Ruhestand befand. Verharmlosend ist die Haltung der Leitung der Evangelischen Kirche von Berlin-

Brandenburg. Sie teilten nach dem staatlichen Urteil mit, „dass keine Möglichkeit bestehe, Heilmann von kirchlicher Seite aus zur Rechenschaft zu ziehen, da er weder der Pfarrer noch Kirchenbeamter, sondern Angestellter gewesen sei“. Solldasheißen, dass kirchliche Angestellte ihre Mitchristen ungestrafft denunzieren dürfen? Der tiefere Grund solch unglaublicher Verharmlosung dürfte woanders liegen. Die Leitung der Evangelischen Akademie Westberlin dachte nicht daran, sich von Denunzianten in ihren Rei-

hen zu distanzieren. Im Gegenteil. Ihr Leiter Manfred Kernetzki erklärte 1992 nach der Enttarnung Heilmanns: „Heilmanns Verdienste, sein Engagement für die Evangelische Akademie und das gesamte Bildungswerk bleiben für uns unbestritten. Trotz mancher Differenzen habe der Konsens mit ihm darin bestanden, dass wir dem Sozialismus in der DDR eine Chance geben wollten.“ Ähnliche Tendenzen zur Verharmlosung der Brutalität der SED-Diktatur gab und gibt es auch in anderen Be-

reichen der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Zu Recht spricht der Autor von „vielfältigen Formen geistiger und politischer Kollaboration gegenüber dem zweittotalitären Gesellschaftsentwurf“ im letzten Jahrhundert in Deutschland.

Die Frage drängt sich auf: Muss die Geschichte der Bundesrepublik neu geschrieben werden? Man wird sie erst beantworten können, wenn die Ergebnisse dieser faszinierenden Studie gründlich diskutiert worden sind.

Armin Boyens

Nur keine Störung!

„Schade ist, dass an einem solch spannenden Abend auch nicht nur ein wenig Distanz nicht einmal in die Kommentare einzieht. Bei ‚heute-journal‘ und ‚Bericht aus Berlin‘ gibt es persönliche A- und B-Noten für Sieger und Geschlagene und sonst – bis auf eine Anmerkung eines ‚Wirtschaftsweisen‘ im ZDF – nichts. Keine Erinnerung an die Steuerreform, die die Union vor Jahren vorlegte und die die SPD blockierte, und kein Hinweis auf das geordnete Verfahren, das die Gesetzgebung im Falle des Dissenses zwischen Bundestag und Bundesrat der Verfassung entsprechend nehmen sollte. Niemand sprach vom Vermittlungsausschuss. An so viel Nähe zu den Umtrieben in Berlin haben sich freilich insbesondere die Zuschauer der ‚Tagesthemen‘ längst gewöhnt [...]. In der vorvergangenen Woche etwa waren die Nachrichten aus Hamburg so gründlich und platt, als es um das Thema Green Card oder Blue Card ging, wie es sich ein Regierungssprecher nur wünschen kann. Wie wunderbar handelten doch die Engländer und erst recht die Franzosen, hieß es da zum Thema Einwanderung, jenseits des Kanals seien Weltoffenheit und Toleranz ja allein historisch bedingt, schenkte Wickert dem deutschen Publikum ein, das in diesem Moment, um die rote Karte zu verstehen, die er diesem Land zeigte, sowohl die Geschichte des Kolonialismus als auch die Tatsache vergessen musste, dass hier zu Lande – nur als Beispiel – 330 000 Flüchtlinge aus Bosnien Zuflucht fanden, in Großbritannien jedoch nur 13 000. Doch solche Umstände stören nur, wenn es gilt, den Nachrichtentag auf einen Nenner zu bringen.“

(Michael Hanfeld am 18. Juli 2000 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*)